

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3666-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 666, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten e. 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld 10 Pf. [Auswärts] . Nr 159

## Berlin

DIENSTAG, 4. APRIL 1933

Verantwortlich für den Gesamthalt: Dr. Gerhard Thimm, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 32 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlags- und Schriftleitung: Berlin SW 66, Kochstraße 22-26

MORGEN-AUSGABE

## Frankreichs Gegenvorschläge

### Abwehr und Boykott

Somit die Boykottaktion den Zweck hatte, der Verbreitung unwarmer Nachrichten über Deutschland einen Riegel vorzulegen, hat sie, mehr noch allerdings die freiwillige, intensive Aufklärungsarbeit der vorangegangenen Tage, ihren Zweck erfüllt. Schon seit geraumer Zeit sind in der europäischen Presse des Auslandes Tatsachenmeldungen über die deutschen Dinge nicht mehr aufgetaucht. Es darf aber auch nicht veräußert werden, daß die Vorgänge am Sonnabend gerade auch in wohlgeleiteten Auslandskreisen, vor allem Englands, fälschlich Kritik gefunden haben. Wer das dem deutschen Volke nicht jagt, erweist ihm einen solchen Dienst. So meinen die „Times“, es sei „nicht erhebenswert“, daß eine große Nation, die vier Jahre lang einer ganzen Welt in Waffen widerstanden, sich jetzt gegen einen Minderheit von weniger als einem Prozent wende. Die Reaktion, mit der sich die Aktion am Sonnabend vollzog, wird im allgemeinen gerühmt; aber es wird auch die Kritik anrätend, mit der die deutschen Juden diesen Tag erwiderten hätten.

In der italienischen Presse, die durchaus geneigt ist, die deutschen Vorgänge mit Wohlwollen zu kommentieren, nehmen die Berliner Korrespondenten kritisch Stellung. So meint der „Popolo d'Italia“, daß die Auslandspropaganda gegen Deutschland „schäblich“ Interzession empfindet, die nichts mit der Konzeption und nicht einmal mit dem Gehalts- und Wertmaßstab der über die Welt verstreuten jüdischen Gemeinden irgend etwas gemein habe. Es handelt sich um eine wohlüberlegte politische Offensive gegen das neue Deutschland, wobei die angeblichen Verfolgungen der Juden vorgesehene Motive und Bewegende seien.

Der Mailänder „Corriere della Sera“ spricht von einer Atmosphäre von „Haß, Beunruhigung und Streit“, die im stärksten Gegensatz zu dem Bedürfnis der Welt nach Frieden, Ruhe und Ordnung liege. Schon seien Zeichen größerer Vorficht und Objektivität gegenüber Deutschland bemerkbar, und es könne nicht zweifelhaft sein, daß, wenn erst einmal die äußeren Ursachen für die übermäßige Reaktion in Deutschland fortgeschaffen seien, auch Deutschland sein inneres Gleichgewicht und seine Stellung als wichtiger Faktor für die Kultur und für die Weltarbeit der Völker wiederfinden werde.

Obwohl der Umstand, daß die nationalsozialistische Bewegung auf die unmaßvollen Verträge über Deutschland mit solch leidenschaftlicher Abwehr reagiert, zeigt an, daß auch für die Meinung der Welt keineswegs gleichgültig ist. Die Reaktion des deutschfreundlichen Auslandes auf die Vorgänge vom Sonnabend muß also auch ihre Bedeutung haben.

Die Erklärungen führender Nationalsozialisten stimmen insofern, als sie die Wiederaufnahme des Boykotts am Mittwoch nicht maßgebend ist. Es besteht Einmütigkeit darüber, daß von einer Graueiße im Anschluss nichts mehr zu erwarten ist. Wenn sich hier und da noch immer Ausdehnungen ereignen, wie z. B. in Kattowitz, worüber bereits berichtet wurde, so handelt es sich hier in den heißen deutsch-polnischen Streitkomplex, der nicht erst in die letzten Tage beunruhigt worden ist. Bei der Aufforderung der französischen Finanzminister, die deutsche Aktion zu boykottieren, sind die Kontingenztabelle ganz besonders und in unerschütterlicher Weise deutlich. Wenn schließlich in New York ein gewisser Shapiro zu einem „Wohlwollt der deutschen Waren“ aufruf, so ist darauf hinzuweisen, daß es sich, wie auch die Oberlippe hervorhebt, um einen völlig einflusslosen und (schlech) beleumdeten Geschäftsmann ähnlicher Art handelt, der hier eine unwirksame „Einzelaktion“ unternommen hat.

In einzelnen wäre noch zu sagen, daß es auf unparteiische Beurteilung einer unerschütterlichen Gerechtigkeit machen muß, wenn diese angeht und die jüdischen Juden ganz generell (Schriftlich) als Landesverräter zu werfen. Am meisten aber sollte man sich bitten, die Motive der Aktion selbst zu konpromittieren. Wenn zum Beispiel der bekannte deutschfranzösische Journalist (Elin Stumpff) von „Verfälschungen“ spricht, „indem nach Jahren bitterer Not Deutsches wieder zu etwas kommen, wo bisher andere das Monopol hatten“, so unterstellt er den Urhebern der Abwehrbewegung, daß diese anstreben, bei ihren Abhängigen in Speise war. Sie hätten allen Anlaß, sich gegen dieartige Handlungen und Bedeutungen des wahren Sinnes ihres Unternehmens zu wehren.

Auch wenn der Boykott am Sonnabend zu Ende gegangen ist, hat er Spuren hinterlassen, die den Tag überdauern. Die in Dausch und Bogen erzielte Vermehrung jüdischer Anwälte von den Gerichten und ähnliche Maßnahmen stellen Tausende von Intelligenzen vor den Augen. Es handelt sich hier: tiefes um Männer, die ein Leben lang das Vertrauen ihrer

Während innerhalb der französischen Regierung jetzt die Spezialisten des Dual-Debatte die weitere Behandlung des Währungs-Fragebogens übernommen haben, laufen daneben die diplomatischen Besprechungen mit den Vertretern der anderen Länder. Der rumänische Außenminister Titulescu hält sich noch immer in Paris auf, er hatte heute eine zwölfstündige Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell und später eine Besprechung mit dem sozialistischen Parteiführer Leon Blum.

Am Mittwoch wird der Führer der amerikanischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz Norman Davis in Paris erwartet. Von London aus hat er dem Vertreter der Rüstungs-Agentur eine längere Erklärung abgegeben. Dieser ist die Fragestellung der Abrüstungskonferenz Norman Davis, das habe Mittel für seine Ansicht nach eine psychologische Untersuchung bei den Vätern der interessierten Länder. Dieser Befehl nach „ein Abgrund“ zwischen der europäischen und der amerikanischen Schuldentheorie, und es müsse eine Annäherung eintreten, die die Überbrückung dieses Abgrundes ermöglichen könnte. Auf eine Zwischenbemerkung des Journalisten, daß die englische Seite das Kriegsausgangproblem mit der Weltwirtschaftskonferenz verknüpfte, erklärte Norman Davis kategorisch, daß darüber zwischen dem amerikanischen Gläubiger und den europäischen Schuldner keinen Handel irgendwelcher Art geben könnte. Die einseitige Forderung des Schuldnerproblems ist kein unmitttelbares Hilfsmittel für die Weltwirtschaftspolitik, und deshalb müßten schon jetzt alle Vorbereitungen getroffen werden, um den Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz zu sichern.

Ueber den Stand der Abrüstungskonferenz meinte Norman Davis, jedes Land müsse das Recht haben, sich mit allen denkbaren Mitteln zu verteidigen. Denn die wahre Sicherheit besteht für jeden Staat zunächst in der Aufrechterhaltung seiner territorialen Unverletzlichkeit. Norman Davis äußerte sich günstig über das französische Defensiv-Verteidigungssystem, fügte aber hinzu, der Plan würde ebenfalls gewisse Bedingungen zulassen, daß Deutschland ebenfalls ermächtigt würde, ein Festungssystem zu erbauen, ebenfalls seine Sicherheit nur in dem Defensiv-System, für das sie bestimmt ist, benutzt werden könnten und auf seine andere Weise.

### Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 3. APRIL

Die französischen Gegenvorschläge zum Mussolini-Plan, deren schriftliche Zusammenfassung in einem Memorandum heute vom Kabinettsrat beschlossen wurde, werden voraussichtlich in einem weiteren Ministerrat am Mittwoch festgelegt werden. Da die Vorbereitungen mit dem englischen Botschafter Lord Tyrrell und mit dem aus Rom zur Verichterstattung herbeigeeigneten französischen Botschafter de Jouvenel auf der einen Seite, mit dem Vorsitz der kleinen Entente, Titulescu, auf der anderen Seite schon weit gediehen sind, so werden hier auch schon über den Inhalt des französischen Memorandums Einzelheiten verbreitet, die viel Wahrscheinlichkeit für sich haben.

Das Hauptziel der französischen Gegenvorschläge wird in formaler Hinsicht die Aufhebung der Verbindlichkeiten Frankreichs sein; in sachlicher Hinsicht wird die französische Regierung Einwendungen gegen die in dem Mussolini-Plan enthaltenen Möglichkeiten einer Vertragsrevision machen.

Wie der „Temps“ mitteilt, werden die französischen Gegenvorschläge zunächst darauf hinauslaufen, den Großmächten zunächst in den Rahmen des Völkerbundes einzuwirken. Nach der Meinung der Verträge angeht, die an sich bereits im Artikel 10 des Völkerbundes vorgesehene ist, so wird die französische Regierung in ihrem Memorandum mehrere Erklärungen der englischen und der italienischen Regierung enthalten. Die französische Regierung, schreibt der „Temps“, werde nicht ablehnen, daß der Artikel 10 des Völkerbundes isoliert werde vom Artikel 3 („Die Versammlung beschließt sich mit jeder Frage, die den Frieden der Welt berührt“), vom Artikel 10 (Die Mitglieder des Völkerbundes verpflichten sich, die territorialen Integrität und die politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff aufrechtzuerhalten“) und vom Artikel 16 („Entscheidung gegen einen Staat, der den Fall verletzt hat“).

## Die Einführung des Sichtvermerks

Amlich wird mitgeteilt: Auf Grund der §§ 3, 6 Abs. 1 der Verordnung vom 10. Juni 1919 (Reichsgesetzbl. S. 510) bestimmte ich folgendes:

§ 1

Reichsangehörige bedürfen bis auf weiteres zum Grenzübertritt bei der Ausreise aus dem Reichsgebiet eines Sichtvermerks, § 42 der Reichsbescheinigung vom 7. Juni 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 257) findet insondne keine Anwendung.

§ 2

Der Ausreise-Sichtvermerk ist nach analogem Muster zu erstellen.

Die Frist, innerhalb deren der Sichtvermerk am Grenzübertritt bei der Ausreise aus dem Reichsgebiet ist festzusetzen:

- a) zur einmaligen Ausreise auf höchstens einen Monat;
- b) zur beliebig häufigen Ausreise auf höchstens sechs Monate.

§ 3

Im übrigen finden die die Erstellung von Sichtvermerken regelnden Bestimmungen der Reichsbescheinigung vom 7. Juni 1932 Anwendung.

§ 4

Diese Bekanntmachung tritt mit dem 4. April 1933 in Kraft. Berlin, den 1. April 1933

Der Reichsminister des Innern  
Gg. Frick.

In Ausführung der Verordnung über die vorübergehende Wieder Einführung des Ausreise-Sichtvermerks hat das preussische Ministerium des Innern den Polizeipräsidenten durch Funkpruch mit-

teilt, daß die Verordnung in der Nacht vom Montag zum Dienstag um 12 Uhr in Kraft zu gehen ist. Die Sichtvermerke werden gebührenfrei von den Sichtvermerksbehörden ausgestellt, in Berlin von Polizeipräsidentium. Die Aufhebung des § 42 der Reichsbescheinigung vom 7. Juni 1932 bedeutet, daß künftig auch Sichtvermerksausgang für Reichsangehörige (bisher nur für Ausländer) Geltung hat. Ein weiterer Erfolg folgt noch.

\*

Die neue Verordnung über den Sichtvermerk hat die grundsätzliche Bedeutung, daß das bisherige Recht der Reichsangehörigen, die Grenze ohne Sichtvermerk zu überqueren, befristet wird. Nach der in der neuen Verordnung zitierten Bekanntmachung vom 7. Juni 1932 bedürfen sich bisher die Verpflichtung zur Erlangung eines Sichtvermerks auf Ausländer, d. h. die nicht reichsangehörigen Personen über 15 Jahre. Ausnahme werden auch die Inländer ebenso behandelt.

Ueber die Erstellung des Sichtvermerks enthält die Bekanntmachung von 1932 eine Reihe von Bestimmungen, die auch nach der neuen Verordnung Anwendung zu finden haben. Dazu gehört insbesondere die Vorfrist über die Erlangung des Sichtvermerks. Nach Paragraph 5 der Bekanntmachung vom 7. Juni 1932 ist der Sichtvermerk aus vorübergehenden Gründen zu erteilen. Der wichtigste Grund ist, daß Entlassene vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, daß die beabsichtigte Reise die innere oder äußere Sicherheit oder sonstige erhebliche Belange des Reiches oder eines deutschen Landes gefährden. Daneben treten Verfassungsgründe, wie z. B. wenn der Verdacht besteht, daß die Zollvorschriften übertreten oder umgangen werden können.